



Kantonsratssitzung vom 26. November 2009

Die beiden KRB für die Projektierung von Neu- und Umbauten in Menzingen für das KGM und in Zug für die WMS/FMS, das Tourismusgesetz und der KRB zur Vorfinanzierung von Bahnprojekten (alles zweite Lesungen) finden in der SP-Fraktion vorbehaltlose Zustimmung.

Der sechste Zwischenbericht zum Pragma-Projekt bestätigt unsere zunehmende Skepsis gegenüber diesem Projekt. Einerseits zeigt es sich je länger desto mehr, dass das Projekt mit einem gewaltigen bürokratischen Aufwand verbunden ist, dem nur beschränkt ein entsprechender Nutzen gegenübersteht. Andererseits ist die Bereitschaft, den Ämtern tatsächlich genügend operative Freiheit zu überlassen, auf allen politischen Führungsebenen nicht wirklich gegeben.

Im Zentrum der nächsten Sitzung werden aber sicherlich Budget und Finanzplan stehen. Entgegen den früheren Aussagen der Regierung ist auch die Region Zug stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Der Kanton Zug muss mit Defiziten rechnen. Angesichts der soliden Finanzsituation ist dies zu verkraften. Klar ist, dass es keinen Platz mehr hat für irgendwelche Steuergeschenke an Reiche. Klar ist auch, dass es keine Sparpakete braucht. Die SP-Fraktion wird dem insgesamt sorgfältig erarbeiteten Budget zustimmen.

Dass sich aber über die ganze Finanzplanperiode hinweg keine Besserung zeigen soll, ist schwer nachvollziehbar. Dass diese sehr schwere Wirtschaftskrise auch besonders lange dauern soll, war bisher kein öffentliches Thema. Wir vermuten deshalb eher, dass die Regierung auf Zweckpessimismus macht, nicht zuletzt im Hinblick auf die Frage der Erheblicherklärung der Motion von Stadt Zuger KantonsrätInnen zur Abschaffung der Beteiligung der Einwohnergemeinden am NFA. Diese Motion gab in der Fraktion einiges zu diskutieren. Eine ersatzlose Abschaffung zum jetzigen Zeitpunkt wäre für den Kanton problematisch. Die Fraktion vertritt deshalb den Standpunkt, die Abschaffung der NFA-Beteiligung sei zu kompensieren. Im Vordergrund steht dabei die Beteiligung der Gemeinden an der Heimfinanzierung. In der Zwischenzeit hat es sich nämlich gezeigt, dass die heutige Lösung, bei welcher nur der Kanton zahlt, die Gemeinden aber die Einweisung planen, nicht sachgerecht ist.

Die Erhöhung der Kapitalbeteiligung am Zuger Kantonsspital erachtet die SP-Fraktion als zwingend und stimmt ihr zu. Zugestimmt wird auch den verschiedenen Richtplanänderungen, welche mit der Planung des ÖV zusammenhängen.